

Manifest für mehr und bessere Arbeitsplätze in der europäischen Industrie

Dieses Manifest skizziert die Forderungen von industriAll European Trade Union an die nationalstaatlichen Parlamente, das neue Europäische Parlament, das im Mai 2014 gewählt wird und an die neue Europäische Kommission, die ihre Tätigkeit kurz danach aufnehmen wird. Die Forderungen konzentrieren sich auf die Notwendigkeit des Erhalts und des Wiederaufbaus einer starken industriellen Basis in Europa, um das Wirtschaftswachstum zu steigern, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, den Übergang zu einer ökologisch nachhaltigen Industrie zu unterstützen und um Lösungen für die großen gesellschaftlichen Herausforderungen (wie z.B. die Bewältigung des Klimawandels, der Globalisierung, der demografischen Entwicklung) zu finden, mit denen unsere Volkswirtschaften konfrontiert sind.

Eine Lösung für ganz Europa

Es liegt nun sechs Jahre zurück, seitdem der globale Finanzsektor die schwerste Finanzkrise unserer Zeit ausgelöst hat. Gier, Unverantwortlichkeit, Irrationalität und Missbrauch haben die Finanzmärkte der Welt an den Rand des Zusammenbruchs gebracht und das Schreckgespenst einer anhaltenden weltweiten Rezession aufkommen lassen. Anstatt jedoch rasche Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Schuldigen, und zwar die Spekulanten und Banken, die allzu großzügig Kredite gewährt hatten, die Folgen der Krise zu tragen hatten, wurden öffentliche Gelder verwendet, um der zusammenbrechenden Finanzbranche aus der Klemme zu helfen. Dies führte zu einer enormen Steigerung der Haushaltsdefizite, was folglich die Einführung von Kürzungsmaßnahmen rechtfertigte, welche das Wirtschaftswachstum in ganz Europa abwürgten und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in noch nie dagewesenem Ausmaß verursachte.

Eine Richtungsänderung ist lange überfällig. Wir müssen der fortlaufenden Herrschaft des Finanzsystems über die Realwirtschaft ein Ende setzen. Das Spielfeld des globalen Finanzkapitalismus muss auf das Wesentliche reduziert werden und zwar durch die Umwandlung der Rücklagen der Bürger in Investitionen, die deren Bedürfnissen gerecht werden. Re-regulierung und eine konsequente Überwachung sind dringend notwendig damit sichergestellt wird, dass die Finanzmärkte das Wachstum der Realwirtschaft eher fördern als gefährden. Ein Banksektor, der ungeheuren Wohlstand für einige wenige schafft, aber Millionen einfacher Menschen in Bedrängnis bringt, hat keine soziale und politische Legitimität.

Die derzeit zunehmende Kluft zwischen wohlhabenden Teilen der Europäischen Union und stagnierenden Regionen ist mit großen Risiken verbunden. Neben den unmittelbaren Nachteilen für die Länder, die sich in anhaltenden wirtschaftlich schwierigen Zeiten befinden, könnte die Lage in diesen Wirtschaftsregionen schwerwiegende Folgen für die gesamte EU haben. Länder, die sich in der Rezession befinden oder eine stagnierende Volkswirtschaft haben, werden weniger Güter aus anderen Teilen der EU importieren. Sinkende Lohnsätze in Ländern, die sich in einer Notlage befinden, könnten zu einem Lohndruck im Rest der EU führen. Weitverbreitete Verzweiflung unter Arbeitern in den am stärksten betroffenen Ländern führt zur Abwanderung von Bürgern in andere EU-Mitgliedsstaaten, auf der Suche nach vorübergehender oder

dauerhafter Beschäftigung und jenseits des regulierten Arbeitsmarkts. Dies führt letztendlich zu einer Zwangsmobilität anstatt zur gewünschten Bewegungsfreiheit.

Zweifelsohne ist das Europaprojekt eine große Errungenschaft, das seit Ende des Zweiten Weltkrieges für Frieden, Freiheit und wirtschaftliches Wohl seiner BürgerInnen gesorgt hat. Sollte sich aber weiterhin die Meinung verbreiten, dass nur eine Minderheit in den Genuss der Vorteile des vereinten Europas kommt, besteht die Gefahr, dass der ursprüngliche Reiz der europäischen Vision verloren geht. Solidarität und soziale Gerechtigkeit müssen schließlich in der EU den gleichen Stellenwert besitzen wie wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Infolgedessen müssen die reicheren und wirtschaftlich stärkeren Länder in höherem Maße zu einem Sanierungsplan und zur Finanzierung von zukünftigen Investitionen beitragen als die schwächeren Bevölkerungsgruppen oder Länder. Das Ziel ist die Herbeiführung nachhaltigen Wachstums, welches hochwertige Arbeitsplätze schafft und die wachsende Kluft innerhalb der EU überwindet. Kurzfristige Impulse werden nicht dafür ausreichen. Wir benötigen eine längerfristige Perspektive, um die tiefliegenden Schwierigkeiten und Spaltungen in der EU zu bewältigen.

Reindustrialisierung Europas durch starke, intelligente und nachhaltige Politiken

Der Verfall unserer industriellen Fundamente muss gestoppt werden. IndustriAll European Trade Union begrüßt es daher, dass die negativen Folgen der Finanzkrise die Bedeutung einer starken industriellen Basis wieder ins Blickfeld gebracht hat, dass jetzt ein allgemeiner Konsens dafür herrscht, dass Volkswirtschaften nur dann florieren können, wenn eine substanzielle industrielle Basis erhalten bleibt und dass ein kritischer Schwellenwert an Industrie notwendig ist, um die Nachhaltigkeit des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells aufrechtzuerhalten. Kürzungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Krise sowie fehlende Finanzierungsmittel in den Ländern, die am stärksten von der Krise betroffen sind, haben zum Verschwinden von Tausenden von Unternehmen geführt und somit eine „industrielle Verödung“ in einigen Bereichen verursacht. Diese Entwicklungen müssen schleunigst umgedreht werden, um durch Maßnahmen zur industriellen Erholung, die gemeinsam mit den Sozialpartnern vereinbart und koordiniert werden, Wirtschaftstätigkeit und Beschäftigung zu schaffen.

Eine wirksame europäische Industriepolitik wird sich einer dreifachen Herausforderung stellen müssen, nämlich den katastrophalen Folgen der Finanzkrise und Kürzungsmaßnahmen auf die Realwirtschaft Einhalt zu gebieten, zunehmende Konkurrenz zu bewältigen und sie muss die europäische Industrie auf einen nachhaltigen und emissionsarmen Pfad führen.. Um sich diesen Herausforderungen zu stellen, bedarf es einer Politik zur Förderung der Reindustrialisierung Europas - auf Grundlage von innovativen Clustern, technologischen Durchbrüchen und der Entwicklung der „Fabriken der Zukunft“. Es muss hier auch deutlichwerden, dass Industriepolitik mehr als eine rein unterstützende flankierende Politik sein muss (Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine positive Unternehmensentwicklung begünstigen). Eine aktive Industriepolitik muss die bestehenden Instrumente für horizontale Politiken (Beschäftigung, Steuerpolitik, Forschung & Entwicklung, Innovation, Ausbildung und Qualifizierung, Infrastruktur und innovative Cluster) stärken, sich auf außerpreisliche Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit konzentrieren, die Nachfrageseite durch eine verstärkte Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen, eine massive Steigerung der Investitionen sowie die Entwicklung neuer Märkte und Innovationen beleben, neue Instrumente entwickeln, die sich auf die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltauswirkungen richten, und Aktionspläne für strategische Sektoren und Wertschöpfungsketten (die „vertikale“ Seite der Industriepolitik) umsetzen. Klar definierte, strategische Ziele zur europäischen Industriepolitik mit einer gemeinsamen und gut strukturierten Bewertung möglicher Tätigkeiten und bestimmter Industriezweige und mit einer nachhaltigen und effizienten vorausschauenden Bewertung, müssen festgelegt werden.

Die Finanzkrise und die daraus resultierende Schuldenkrise hat das industrielle Gefüge Europas so schwer getroffen, dass Gefahr besteht, dass große Teile Europas nicht mehr genügend „kritische Masse“ für einen industriellen Aufschwung haben werden.. Auf keinen Fall darf die EU ihre Fähigkeit verlieren, innovativ zu sein, Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und herzustellen, die den großen Herausforderungen unserer Gesellschaft gerecht werden. Europa darf nicht die kritische Masse für einen industriellen Aufschwung verlieren. Produktionskapazitäten, die einmal verloren gegangen sind, sind schwer wiederherzustellen, können sich aber als sehr wichtig für die Entwicklung neuer Produkte und Aktivitäten erweisen.

Empfehlungen, damit industrielle Fertigung wieder Teil der Zukunft Europas wird

Zur Unterstützung der Reindustrialisierung Europas und zur Sicherung einer Zukunft für die verarbeitende Industrie und industrielle Dienstleistungen - und deren ArbeitnehmerInnen, fordert industriAll Europe dringende und zielgerichtete industriepolitische Entscheidungen, um bestehende Kapazitäten wiederzubeleben, neue Möglichkeiten zu entwickeln, neu zu investieren, die Schwächen zu beheben und um sich den damit einhergehenden Herausforderungen zu stellen. industriAll Europe legt hiermit die folgenden Empfehlungen für den Zeitraum 2014-2019 vor, um die industriellen Kapazitäten wieder aufzubauen:

1. Für eine neue Belebung der Wirtschaft sorgen

Industriepolitik kann nur in einem stimulierenden makroökonomischen Umfeld wirksam sein. Da Industriepolitik vor allem zu mittel- und langfristigen Ergebnissen führt, kann sie die negativen Auswirkungen restriktiver Wirtschafts- und Finanzpolitiken niemals korrigieren. Ohne expansive Wirtschaftspolitiken droht die Wirtschaft des Euro-Raums in einer Kombination aus langsamem Wachstum und niedriger Inflation nahe an der Deflation stecken zu bleiben und in eine semi-permanente Rezession zu sinken. In diesem Zusammenhang wird die EU nicht in der Lage sein, das Ziel der EU-2020-Strategie eines Beschäftigungsgrads von 75% zu erreichen, wofür 17,6 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssten.

Die EU bedarf keiner weiteren Sparpolitiken.

Haushaltsdefizite müssen zwar auf lange Sicht verringert werden, dennoch wird eine Verringerung von Defiziten/Schulden niemals möglich sein, ohne offensive Maßnahmen zu ergreifen, die Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplätze schaffen und die Hoffnung und das Vertrauen unter den Arbeitnehmern wiederherstellen. Zum Beispiel hat sich die europäische Gesellschaft und Wirtschaft auf eine effiziente Transport- und Dienstleistungsinfrastruktur gestützt. Die Entwicklung der Infrastruktur ist nun jedoch, insbesondere in den Krisenländern, zum Erliegen gekommen. Die Erhaltung einer erstklassigen Infrastruktur würde das Wirtschaftswachstum ankurbeln und die Bauphase würde dringend benötigte Beschäftigung bieten. Die Ausweitung und Erhaltung der bestehenden Infrastruktur muss daher von staatlichen Stellen sowie von öffentlich-privaten Partnerschaften gefördert und finanziert werden.

Um den Teufelskreis von Rezession und Kürzungsmaßnahmen zu durchbrechen, sollten die neuen Mitglieder des Europäischen Parlaments und die neuen europäischen Kommissare eine starke, koordinierte und nachfragegelenkte makroökonomische Politik betreiben. Eine starke Binnennachfrage muss in ganz Europa gepflegt werden. Dies ist Voraussetzung für eine nachhaltige Wirtschaft, die den zukünftigen Bedürfnissen der Arbeitnehmer gerecht wird und das europäische Sozialmodell aufrechterhält. Europa hat sich viel zu lange auf die Neueinführung haushaltspolitischer Orthodoxie und die Umsetzung von Kürzungsmaßnahmen konzentriert.

Empfehlungen

1. Unterstützung der Umsetzung des „Neuen Weges für Europa“, des EGB-Investitionsplans für Europa („A New Path for Europe“). Dessen Ziel besteht darin, jährlich zusätzlich 2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU über einen Zeitraum von 10 Jahren in Infrastrukturen zu investieren, die die Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung erfüllen, und zwar in die transeuropäischen Energie- und Transportnetze, erneuerbare Energien und digitale Infrastrukturen, Stadterneuerung und Energieeffizienz, sozialen und passiven Wohnbau sowie in Infrastruktur für Senioren, in Bildung, Gesundheitsdienste usw. Der Plan könnte bis zu 3% zusätzliches BIP einbringen und über einen Zeitraum von 10 Jahren zwischen 9 und 11 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen.
2. Die Lissabon-Strategie der ersten Jahre des neuen Jahrtausends ist gescheitert und die EU-Strategie für 2020 hat mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Was wir brauchen sind langfristige Investitionen zur Finanzierung eines nachhaltigen Wachstumspfades; aber der europäische Finanzsektor entspricht nicht den Anforderungen für die Entwicklung von KMU, für Innovation und Infrastruktur, obwohl die europäischen Staaten während der Eurokrise den Banken mit 500 Milliarden Euro ausgeholfen haben. Die Investitionsprojekte auf europäischer Ebene müssen gemeinsam mit den nationalen Investitionsprojekten entwickelt werden. Es muss jenen Investitionen Vorrang gegeben werden, die die größten Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeiten innerhalb eines Landes haben.
3. Ein gerechteres Steuersystem
 - 3.1 Auf nationaler Ebene
 - a) durch die Einbeziehung sämtlicher Einkünfte in die Einkommenssteuer (z.B. Einkünfte aus Kapitalvermögen, Mieten, etc.) und beispielsweise die Einführung einer Vermögensabgabe.
 - b) einzelstaatliche Regierungen sollten eine gerechtere Einkommensverteilung mittels eines progressiven Steuersystems mit der zusätzlichen Wirkung einer Förderung der privaten Binnennachfrage sicherstellen und somit das Wirtschaftswachstum ankurbeln, Einkommen und Wohlstand umverteilen und die Sozialpolitik finanzieren.
 - 3.2 Auf europäischer Ebene
 - a) durch Umstellung der Besteuerung von Arbeit auf Kapital, indem Steuerschlupflöcher und Steueroasen geschlossen werden, Steuerumgehung bekämpft wird, Gewinn- und Verlustverrechnungen zwischen den EU-Ländern genau geprüft und aggressive Steuervermeidungsstrategien der Unternehmen verhindert werden.
 - b) durch eine ansteigende EU-Harmonisierung der Körperschaftssteuer, die Festlegung eines Mindestbetrages, mit dem Ziel Steuerdumping zu vermeiden.
 - c) durch die Errichtung einheitlicher, transparenter und kontrollierbarer Regeln für internationale Finanzierungsstandards.
4. Es stimmt zwar, dass die Europäische Zentralbank (EZB) wiederholt Zinsen gesenkt hat und Banken Zugang zu günstiger Liquidität in großem Umfang über lange Zeiträume oder durch den Kauf von Staatsanleihen gibt. Zusätzlich sollte das Mandat der EZB folgendes einschließen:
 - 4.1 Die EZB sollte dauerhaft die Möglichkeit haben, gegen Spekulation gegen Staaten in der Eurozone zu kämpfen. Wir fordern daher eine Debatte zur Überarbeitung von Art. 123 des Vertrags über die Europäische Union. (EUV).

- 4.2 Im Einklang mit der US-Notenbank sollten neben der Preisniveaustabilität auch Vollbeschäftigung und ein angemessenes Wirtschaftswachstum Teil der satzungsmäßigen Ziele der EZB werden.
5. Das Europäische Sozialmodell (dessen Hauptbestandteile soziale Sicherheit und Arbeitsmarktregulierung sind) ist ein einzigartiger komparativer Vorteil für die EU in einer globalisierten Industrie und sollte erhalten und gestärkt werden. Durch automatische Stabilisatoren, die Einkommen und wirtschaftliche Aktivität aufrechterhalten, bekommt es auch eine wirtschaftliche Funktion. Dies hat den europäischen Volkswirtschaften während der Rezession geholfen, das Schlimmste zu verhindern. Mehr sozialer Schutz trägt auch dazu bei, dass die VerbraucherInnen wieder Vertrauen in die Wirtschaft fassen.
 6. Abschaffung des Niedriglohnsektors in Europa durch Tarifverhandlungen und/oder gesetzliche Regulierung - zum Beispiel über Mindestlöhne - in Übereinstimmung mit den Praktiken in den einzelnen Ländern. Die EU und die Troika müssen umgehend den Druck auf Lohn und die Arbeitsbedingungen einstellen sowie ihre Angriffe auf die Tarifpolitik in ganz Europa aufgeben.
 7. Die Umsetzung der EU 2020 Ziele, eine Beschäftigungsrate von 75%, der Kampf gegen die Armut, die Förderung von Bildung, nachhaltige Entwicklung und 3% Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollten gegenüber den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumspakts (restriktive Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik) unbedingt Geltungsvorrang bekommen, um ein Scheitern wie bei der Lissabon-Strategie (die europäische Wachstumsstrategie für den Zeitraum von 2000-2009) zu vermeiden.
 8. EU-Mitgliedsstaaten sollten dazu bestärkt werden, Investitionen in die öffentliche Infrastruktur gleichzeitig zu erhöhen, mit dem Ziel ihre Volkswirtschaften anzukurbeln und Phasen langsamen Wachstums zu vermeiden. Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Fahrzeuge und Infrastruktur müssen erhöht werden. Es ist wichtig, dass die bestehende Infrastruktur aufrechterhalten und erweitert wird, um den Anforderungen der Zukunft von industriAll Europe gerecht zu werden. Finanzmittel für Forschungsprojekte zur Entwicklung einer optimalen Vernetzung und Anbindung verschiedener Beförderungsmöglichkeiten in Europa müssen erhöht und zur Verfügung gestellt werden.

2. Stoppt interne Abwertungen und erweitert die Europäische Wirtschaftsregierung um eine soziale und demokratisch legitimierte Dimension

Die Umsetzung von „Anpassungsprogrammen“, die in einigen Ländern zu Kürzungsmaßnahmen führt, die verheerende Auswirkungen auf ArbeitnehmerInnen, ihre Familien und die breitere Gesellschaft gehabt haben, sowie die Schaffung eines neuen Systems wirtschaftspolitischer Steuerung sind parallel entwickelt worden. Für industriAll Europe muss das Hauptziel der europäischen wirtschaftspolitischen Steuerung die Sicherung und Schaffung von guten Einkommen- und Arbeitsbedingungen sowie sicherer Beschäftigung sein, ohne dabei in einzelstaatliche Sozialversicherungssysteme, Lohnbildung und Tarifpolitik einzugreifen.

Die Argumentation für die neu eingeführten Maßnahmen (6-Pack, 2-Pack, Fiskalpakt usw.) ist ein Entwurf neoliberaler Politik, der „externe“ Abwertung (Währung) durch „interne“ Abwertung (Lohn- und Arbeitsmarktpolitik) mit Mitteln der Lohnpolitik: durch Kürzungen von Löhnen, Renten und Sozialleistungen, Deregulierung der Arbeitsmärkte sowie durch die Deregulierung der Arbeitsmärkte und Angriffe auf Arbeitnehmerrechte ersetzen will. Verpackt als „Arbeitsmarktreform“ ist das neue System der wirtschaftspolitischen Steuerung

ein ideologischer Anschlag auf alle bewährten Regelwerke/Institutionen, die einen Einbruch der Löhne und Arbeitsbedingungen verhindern sollen, und führt zur „Aushöhlung“ des europäischen Sozialmodells. Makroökonomisch hat der verstärkte Stabilitäts- und Wirtschaftspakt darüber hinaus die Konjunkturkrise in Europa verschärft und einige Länder an den Rand des Abgrundes geführt. Berechnungen zeigen nämlich, dass die Multiplikatorwirkung zu einem Prozentpunkt Budgetkonsolidierung einen negativen Wachstumseffekt von 1,5% bis 2,5% hat (je nach dem Grad der Offenheit der nationalen Volkswirtschaften). Die kontraktive Finanzpolitik hat zu kumulativen Wachstumsverlusten geführt, und zwar in Höhe von 18% in Griechenland, 9,7% in Spanien, 9,1% in Frankreich und 8,4% in Irland. Sparprogramme funktionieren nicht, wenn alle Länder zugleich Kürzungsmaßnahmen auferlegen. Vor allem im Süden Europas haben sich Ausgabenbeschränkungen als sehr kostspielig (Senkung der Wirtschaftsleistung) und als nicht besonders effizient (keine Senkung des Verschuldungsgrads) erwiesen, während sie zugleich die wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität unterminieren. Der wirtschaftliche, soziale und politische Schaden einer übermäßigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist beträchtlich, denn die Wirtschaft wird in eine Stagnation gezogen. Die Folgen sind heute schon erkennbar: Die neoliberale Sparpolitik führte zu einer Rekordarbeitslosigkeit, zu einer verlorenen Generation junger Menschen und zu immer mehr Euro-Skepsis und Populismus. Die massive Sparpolitik hat auch das Problem demokratischer Legitimität aufgeworfen, da eine zentralisierte Finanzpolitik mit strenger Kontrolle von Finanz- und Ausgabenentscheidungen demokratisch gewählter Regierungen nur durch ein demokratisch gewähltes Europäisches Parlament betrieben werden kann.

Die Strukturen der wirtschaftspolitischen Steuerung müssen ein besseres Gleichgewicht zwischen finanzieller und wirtschaftlicher Stabilität einerseits und Beschäftigung und Sozialpolitik andererseits schaffen.

Empfehlungen

1. Der gegenwärtigen Sparpolitik muss ein Ende gesetzt werden und sie muss durch dynamische Wachstumsstrategien auf der Grundlage gemeinsamer Zukunftsvisionen ersetzt werden, wie die Förderung direkter Investitionen und Unternehmergeist, Exporte und Innovationen, Qualifikationen und Investitionen in Arbeitskräfte, Cluster zwischen Unternehmen und Forschungsinstituten, die Schaffung neuer Unternehmen, die Gewährleistung von Versorgungssicherheit und eine stärkere Unterstützung von Strukturfonds usw.
2. Die EZB muss dazu beitragen, dass die Finanzierung der Staatsschulden gestärkt wird, um die Strafzinsen, die einigen Ländern auferlegt worden sind, zu senken. Modelle für die Erstellung von Eurobonds und die entsprechenden Folgen sollten analysiert werden. Wir fordern, dass die EZB als „Kreditgeber der letzten Zuflucht“ agiert.
3. Eine bessere Verteilung der Lasten für die Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft zwischen „Defizit“- und „Überschuss“-Ländern (aktuelle Konten) (symmetrische Anpassung) ist dringend notwendig. Dazu muss in den Überschuss-Ländern die Inlandsnachfrage, die private und insbesondere die öffentliche, wieder angekurbelt werden.
4. Öffentliche Investitionen müssen aus den budgetären Zielsetzungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts ausgenommen werden (Goldene Regel).
5. Da die Kommission nicht für Lohnbildung, Arbeitsmarktpolitiken oder Tarifverhandlungen zuständig ist (Art. 153 des EUV), sollte sie auch nicht versuchen, Empfehlungen zu diesen Themen vorzugeben. Außerdem gibt es keine deutliche Rechtsgrundlage für die Maßnahmen welche die Troika (EZB, IWF, Europäische Kommission) den Ländern unter dem Rettungsschirm auferlegt und sollte aufgelöst und durch einen demokratisch koordinierten Koordinationsmechanismus ersetzt werden.

6. Einführung eines Verfahrens bei sozialen Ungleichgewichten durch Festlegung und Einhaltung struktureller sozialer Indikatoren, um sicherzustellen, dass die wirtschaftspolitische Steuerung auch die Beurteilung (und Behandlung) der sozialen Auswirkungen von politischen Maßnahmen und die Notwendigkeit des Erhalts eines gut funktionierenden Wohlfahrtsstaates umfasst.
7. Integration des sozialen Dialogs in alle Phasen der wirtschaftspolitischen Steuerung (einschließlich der Planung und des Systems, des Jahreswachstumsberichts, des Europäischen Semesters, der länderspezifischen Empfehlungen). Sozialpartner müssen wirksamen Einfluss auf die Entscheidungsfindung zu Themen bekommen, die zu ihren Kompetenzbereichen gehören. Dies sollte zu ausgewogeneren Politiken mit stärkerer Beachtung der Forderungen von Gewerkschaften führen (z.B. Abschaffung unsicherer Arbeitsverhältnisse).
8. Der Lohnanteil an der Bruttowertschöpfung ist in den meisten Ländern rückläufig, während die Aktien für Kapitalerträge ansteigen. Dies erfordert eine verstärkte und erhöhte Überwachung der europäischen Lohnkoordinierungsregel von industriAll Europe, um sicherzustellen, dass die Lohnentwicklungen den Preis- und Produktionserhöhungen entsprechen.
9. Eine stärkere Koordination von Sozial- und Beschäftigungspolitiken, z.B. durch den Austausch bewährter Praktiken, der Setzung gemeinsamer Ziele und dem Durchführen gemeinsamer Aktionen. Dies könnte zum Beispiel durch die Einleitung eines Programms für Arbeitsplatzinnovation erreicht werden, sowie durch das Setzen von Maßstäben für bewährte Unternehmenspraktiken, die durch Nutzung der Talente ihrer Belegschaft und durch die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen und Wissenszentren ihre Produktivität und ihre Innovationsfähigkeit erfolgreich verbessern.

3. *Entwicklung von Tarifpolitik, Sozialdialog und der sozialen Dimension der Industriepolitik*

Industriepolitik sollte einen starken sozialen Pfeiler haben, da Unternehmen und Arbeitsplätze aufgrund von technologischen Durchbrüchen, Globalisierung, Auflösung von Versorgungsketten und ökologischen Übergängen einem schnellen Wandel unterliegen. Nur durch starke wirtschaftliche und soziale Kohäsion wird die EU in der Lage sein, wohldurchdachte industrielle Aktivitäten mit hohem Mehrwert zu entwickeln. Daher muss Industriepolitik durch eine aktive Beschäftigungs-, Bildungs-, und Sozialpolitik ergänzt werden, um den strukturellen Wandel zu begleiten. Der Wandel muss besser antizipiert und bewältigt werden, um negative Auswirkungen des Wandels auf Arbeitnehmer und Beschäftigung zu vermeiden. Die soziale Dimension und der Sozialdialog bieten einen Wettbewerbsvorteil und schaffen gegenseitiges Vertrauen, Stabilität, Sicherheit, Anpassungsfähigkeit, Zusammenarbeit, hoch qualifizierte Arbeitskräfte und innovative Verfahren am Arbeitsplatz in der europäischen Industrie.

Zudem sollten Anstrengungen bezüglich Ausbildung und Qualifizierung erhöht werden und darauf abzielen, ArbeitnehmerInnen eine gleichwertige Arbeit (was Bezahlung, Mehrwert und Qualität betrifft) bieten. Falls dies nicht der Fall ist, besteht ein hohes Risiko der Verarmung nicht nur für die betroffenen ArbeitnehmerInnen, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt (aufgrund der Versetzung von Industriearbeitern in Dienstleistungssektoren, wie Logistik, Reinigung oder Tourismus, mit weitaus niedrigeren Gehältern und einem niedrigeren Mehrwert).

Der Europäische Sozialdialog ist eine Notwendigkeit für den effektiven Einsatz der Industriepolitik und der Wiederherstellung des Gleichgewichts von Volkswirtschaften die aufgrund ungleicher wirtschaftlicher Auswirkungen in den EU-Randstaaten weiterhin unter

der Krise und De-Industrialisierung leiden. Eine solche Dimension wird benötigt, um Maßnahmen des sozialen Zusammenhalts und der Entwicklung einer Industriestruktur zu legitimieren, welche die Innovation in neuen Sektoren und Tätigkeiten in Bezug auf Reindustrialisierung verbindet.

Empfehlungen

1. Eine stärkere Institutionalisierung der sozialen Verantwortung von Unternehmen muss ein notwendiges Gegengewicht für Geschäftsstrategien bilden, die häufig nur durch ihre Quartalsergebnisse inspiriert werden. Das wird die langfristige Zukunft von Unternehmen untermauern und erfordert einen vollwertigen sozialen Dialog mit Arbeitnehmern und anderen betroffenen Parteien.
2. Das Risiko besteht, dass größere Übergänge ohne die Einbeziehung und das Engagement der Arbeitnehmer versagen werden. Der soziale Dialog sollte daher weiterführen als nur zu Gesprächen über Gehälter und Arbeitsbedingungen. Die Rolle von Gewerkschaften besteht nicht nur darin, Umstrukturierungsprozesse zu betreuen, sondern auch darin, zur Entwicklung zukünftiger Unternehmensstrategien, zur Suche nach neuen Produkten und Produktionsprozessen und Innovationen durch ArbeitnehmerInnen, zum Ausbau der Fertigkeiten der Arbeitnehmer und zur Einführung neuer Organisationsmodelle beizutragen. Daher muss die aktuelle Schwächung des sozialen Dialogs und des europäischen Sozialmodells gestoppt werden und die Demokratisierung am Arbeitsplatz erweitert werden. Ein qualitativer Sozialdialog mit dem Ziel verbindlicher Abkommen kann auch durch größere Synergien auf den verschiedenen Ebenen stattfinden, wie branchenübergreifend, sektoral und unternehmerisch, sowie eine bessere Koordinierung zwischen diesen Ebenen.
3. Wir brauchen aktive Arbeitsmarktpolitiken, die Beschäftigungsschutz, Berufsausbildung für alle (auch für ungelernete Arbeiter), Arbeitsmöglichkeiten, bezahlbare Kinderbetreuung und gleiche Chancen für alle bieten, während eine Kluft zwischen jenen, die am Arbeitsmarkt teilnehmen und jenen, die das nicht tun, vermieden werden muss.
4. Fertigkeiten sind ein wichtiger Antriebsmotor für Wachstum und Arbeitsplätze, da sie die Fundamente für Innovation und Mehrwert liefern. Eine sozial akzeptable Bewältigung des Wandels sollte Umschulungen und einen sozial gerechten Übergang von ArbeitnehmerInnen gewährleisten, deren Arbeitsplätze wegen industrieller Umstrukturierungen in Gefahr sind. Daher muss Industriepolitik zu einem proaktiven, einfachen Übergang von einer Arbeitsstelle zur anderen beitragen:
 - a) Zeitnahes Aufgreifen von Qualifikationsbedarf einzelner Branchen und ausreichende Ausbildungskapazitäten für Arbeitsplatzsuchende. Hierzu sollten die sektoralen Kompetenzräte und die Schaffung sektoraler Ausbildungsinstitute gefördert werden.
 - b) Ein individuelles Recht auf Ausbildung für jeden einzelnen Arbeitnehmer.
 - c) Die Förderung von lebenslangem Lernen.
 - d) Eine Kombination aus Kurzarbeit mit Weiterbildung.
 - e) Ausdehnung der Kompetenzen des europäischen Globalisierungsfonds, um die Fertigkeiten von Arbeitnehmern in Sektoren/Versorgungsketten zu verstärken, die unter Auslandsverlagerung und internationaler Konkurrenz leiden.
 - f) Die Schaffung eines Transfersystems zwischen Bildung und Industrie, wie Systeme dualer Ausbildung, Ausbildungen und Praktika mit hohen Qualitätsstandards für Jugendliche.
5. Der schrittweise Abbau von repetitiver Fabrikarbeit sollte Motivation für Investitionen in soziale Innovation liefern, die sich auf Kompetenzen, Kreativität, Autonomie, innovative Arbeitsorganisation und menschenwürdige, hochwertige Arbeitsplätze konzentriert.

6. Da Arbeitnehmerrechte aufgrund der Finanzkrise und den europäischen Empfehlungen, die den Mitgliedsstaaten auferlegt werden, unter konstantem Druck stehen, muss der Kampf gegen Sozialdumping und unsichere Arbeitsverhältnisse verstärkt werden:
 - a) Respekt für die Souveränität der Sozialpartner
 - b) Gleiche Entlohnung für alle Arbeitnehmer am selben Arbeitsplatz
 - c) gerechte Entlohnung und Sozialversicherung für Auszubildende und Praktikanten
 - d) Respekt für Tarifverträge und Ausdehnung ihrer Bindungsquoten
 - e) Keine weitere Schwächung der nationalen Arbeitsgesetzgebung
 - f) Beschränkung des Anteils flexibler Beschäftigungsverträge wie befristete Arbeit oder Zeitarbeit auf das absolute Minimum
 - g) Einführung von ausreichenden Regelungen bezüglich Telearbeit
7. Die Errichtung eines integrierten Unternehmens und des Ansatzes der „Wertschöpfungskette“ schafft unterschiedliche Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den Tochtergesellschaften und der Hauptniederlassung und zwischen Sub- und Hauptauftragnehmern, wobei manchmal eine gesamte Kaskade von Subauftragnehmern einbezogen wird. Die wirtschaftliche Struktur kann Unsicherheit zwischen den abhängigsten Elementen hervorrufen, was vom Kooperationsniveau zwischen den Unternehmen innerhalb der Wertschöpfungskette abhängt. Häufig führt dies auch zu sozialen Ungerechtigkeiten, was den Umgang mit den ArbeitnehmerInnen betrifft, weil dies von der entsprechenden Position des Arbeitgebers innerhalb der Wertschöpfungskette abhängt. Tarifverhandlungen müssen diese Ungerechtigkeiten ansprechen und ein hohes Maß an Kooperation zwischen den Beteiligten in derselben Branche stärken, mit dem Ziel deren Stabilität zu gewährleisten.
- 8.

4. Bankensektor auf ein nachhaltiges Fundament stellen, Zugang zu Krediten sichern

Es muss noch viel getan werden, damit der Finanzsektor wieder seine Basisfunktion übernimmt, das heißt aus Spareinlagen produktive Investitionen in die Realwirtschaft zu erzeugen. Heute ist der Finanzsektor noch sehr fragil und die Finanzkrise unterminiert nach wie vor den Zugang zu Finanzmitteln. Banken im Euro-Raum haben ihre Kreditnormen aufgrund ihrer Risikowahrnehmung und schwacher Bilanzen verschärft. Dies hat zu einem Einbruch bei den Kreditzusagen und – trotz des historisch niedrigen EZB-Basiszinssatzes – insbesondere in Krisenländern zu hohen Zinssätzen geführt, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die am stärksten von Bankkrediten abhängig sind. Für die Überwindung der Kreditklemme müssen Vertrauen und Kreditwürdigkeit im europäischen Bankensektor wiederhergestellt werden. Die Wiederherstellung eines voll funktionsfähigen Finanzsystems ist somit eine dringende Priorität.

Empfehlungen

1. Eine Stärkung der Widerstandsfähigkeit des EU-Bankensektors über Basel III und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), wobei gleichzeitig vermieden wird, dass strengere Kapitalanforderungen negative Auswirkungen auf Investitionskredite haben.
2. Die schnelle Schaffung einer Bankenunion ist dringend notwendig, um die finanziellen Risiken zu vermeiden, die tödliche Verbindung zwischen der doppelten Gefährdung durch Bankschulden und Staatsschulden zu lösen und die implizite Rettungsgarantie von Regierungen zu beenden.
3. Die Schaffung besser funktionierender Finanzmärkte, einschließlich der Bereitstellung von Risikokapital in allen Phasen der Entwicklung von Unternehmen (Zugang zu Risikokapital für Start-Ups), der Entwicklung von „Business Angels“-Netzen, öffentlicher Garantien für

produktive Investitionen, des Einsatzes von Mikrokrediten zur Förderung der Unternehmerschaft und der Schaffung öffentlicher oder genossenschaftlicher Banken.

4. Die Stärkung bzw. Einrichtung (semi-)öffentlicher Investmentfonds, um die Finanzierungsdefizite des privaten Banksektors auszugleichen. Die Regierungen sollten sich dabei vor allem auf Bereiche konzentrieren, wie: Markteinführung neuer Innovationen, nachhaltige Technologien, „greening the economy“ (Ökologisierung der Wirtschaft), Projekte mit einer langen Rückzahlungsfrist, Modernisierung der Infrastruktur (einschließlich der Modernisierung von Industriebranchen oder der nachhaltigen und koordinierten Entwicklung von Industriestandorten).
5. Die Errichtung privat-öffentlicher Partnerschaften in der Industrie mit öffentlicher Kontrolle und vollständiger Transparenz als Mittel zur Förderung der Industrie und nicht zu deren Privatisierung.
6. Einführung einer möglichst breit angesetzten Steuer auf Finanztransaktionen - auch weltweit - als eines der Instrumente zur Zügelung von Spekulation und Finanzkapitalismus.
7. Komplette Trennung zwischen Geschäftsbanken einerseits und Investitionsbanken und Eigengeschäften andererseits.
8. Der Mangel an Transparenz und Rechenschaftspflichten im Finanzsektor hat großen Schaden angerichtet. Es muss Regeln geben, damit die Grundfunktion des Bankensektors wiederhergestellt wird und zwar Annahme und Schutz von Ersparnissen, Sicherung von Liquidität und Bereitstellung von Krediten für Investitionen. Verantwortungsloses Verhalten im Finanzsektor muss durch stärkere Überwachung, bessere Corporate-Governance-Regeln, neue Management-Vergütungssysteme und Eindämmung des Schattenbankwesens (kurzfristiger Handel und Einsatz von Zweckgesellschaften für Spekulationen) bekämpft werden.
9. Unterstützung der Gründung von Genossenschaften und anderen Gesellschaften zur gegenseitigen Hilfe durch eine intelligente und effektive Kombination von Europäischen Institutionen und der Industrie. Derartige Strukturen sollten bereits bestehende Wertschöpfungsketten zwischen europäischen Unternehmen aller Größenordnungen berücksichtigen. Ziel dessen ist es, die industrielle Struktur insgesamt zu stärken und solide Wurzeln und Fundamente für zukünftige Nachhaltigkeit zu schaffen.
10. Die Trockenlegung von Steuerparadiesen unterstützen.

5. Synergien zwischen Industriepolitik und Umweltpolitik suchen, neue grüne Arbeitsplätze schaffen

Einerseits wird Industriepolitik die Zielsetzungen einer nachhaltigen Entwicklung einbeziehen müssen, andererseits darf Umweltpolitik nicht nur reaktiv sein und muss mehr tun, als sich auf die Bewältigung der Umweltauswirkungen des Wirtschaftswachstums zu konzentrieren. Der Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit lässt vermuten, dass Umweltnormen nicht länger als Hindernis für einen wettbewerbsfähigen industriellen Sektor, sondern als potenzielle Antriebsmotoren des Wachstums betrachtet werden. Demzufolge sollten ökologische Herausforderungen in beschäftigungspolitische und ökonomische Chancen umgesetzt werden, Synergien zwischen Umwelt, Beschäftigungs- und Industriepolitik sollten untersucht werden sowie Umweltvorschriften und technische Entwicklung einander gegenseitig verstärken. Auf diese Weise könnte eine Politik der nachhaltigen Entwicklung in industrielle Aktionspläne und Projekte umgesetzt und der ökologische Kreislauf geschlossen werden. (Cradle-to-Cradle-Prinzip).

Die Beschäftigungspotentiale sind groß. Die Europäische Kommission schätzt, dass die Sektoren der erneuerbaren Energien bis 2020 3 Millionen Arbeitsplätze schaffen könnten, während eine verbesserte Energieeffizienz zu weiteren 2 Millionen Arbeitsplätzen führen würde. Darüber hinaus hat eine höhere Ressourceneffizienz das Potenzial, 2,8 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen (in den Bereichen Recycling und Abfallwirtschaft).

Europa ist bereits ein Vorläufer in nachhaltigen Technologien und sollte von der wachsenden Nachfrage nach Öko-Technologien und nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen profitieren. Soziale Nachhaltigkeit in der gesamten Produktionskette schafft ein produktiveres und innovativeres Umfeld, was für die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Industrie zwingend erforderlich ist. industriAll Europe - deren Sektoren entscheidend an der Entwicklung der Systeme und der Produktion von industriellen Ausrüstungsgütern sowie an technologischen Durchbrüchen für eine nachhaltige Gesellschaft und Wirtschaft beteiligt sind - ist daher überzeugt, dass Investitionen in die Umstellung auf eine nachhaltige Gesellschaft und Wirtschaft dazu beitragen können, die Zielsetzung der EU-Kommission von 20% (Anteil der Industrie an der gesamten Wertschöpfung), wie sie in der Mitteilung der Europäischen Kommission zur Industriepolitik vom Oktober 2011 festgelegt ist, zu erreichen. Dies wird darüber hinaus auch zu den Beschäftigungszielen der EU-2020-Strategie beitragen.

Empfehlungen

1. Eine internationale Vereinbarung zum Klimawandel für 2015 ist unbedingt notwendig. Nach Ansicht von industriAll kann das Argument, dass die EU nur 11% der weltweiten Treibhausgasemissionen (THG) repräsentiert, keine Entschuldigung für fehlendes Handeln sein. Wir begrüßen weltweite Bestrebungen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen und fordern die Regierungen und die Europäische Kommission auf, aktiv daran zu arbeiten, ein globales und verbindliches Klimaabkommen zu schaffen.
2. Entwicklung einer „Tool-Box“ für eine nachhaltige Industriepolitik. Den Schwerpunkt legen auf Denken in Lebenszyklen und die Förderung qualitativen Wirtschaftswachstums dürfen nicht länger als Hindernisse für einen konkurrenzfähigen industriellen Sektor gesehen werden, sondern vielmehr als potenzielle Antriebsmotoren des Wachstums. Daher müssen neue industrielle Strategien für alle Tätigkeitsbereiche entwickelt werden, um die industrielle Infrastruktur Europas zu erhalten und nachhaltig auszubauen. Eine proaktive und integrierte Industriepolitik erfordert verbesserte industriepolitische Instrumente, um die Herausforderungen einer emissionsarmen Wirtschaft meistern zu können. Erforderlich sind:
 - a) umfassende politische Rahmenwerke und Aktionsprogramme wie das Klima- und Energiepaket der EU oder der Fahrplan für die Ressourceneffizienz und der damit einhergehende Strukturwandel.
 - b) weiche und harte Regelwerke: Gesetzgebung, Vereinbarungen zwischen Produzenten, Verbrauchern und Regierungen, und Verhaltenskodizes
 - c) Instrumente, die externe Kosten internalisieren: Besteuerung und Preisfestlegung für Emissionen
 - c) Verbreitung der besten verfügbaren Technologien für die Eindämmung von THG-Emissionen: Standards, Normen und Benchmarks, die industrielle Aktivitäten, Vielschichtigkeiten und Entwicklungen in den verschiedenen Sektoren festlegen und bewältigen. Bewertungen aus sektoraler Sicht sind erforderlich und sollten durch horizontale Maßnahmen verstärkt werden.
 - d) Politiken und Instrumente, die nachhaltige Produktion und nachhaltigen Verbrauch fördern, wie Öko Labels, Energielabels, Innovation und Förderung von Öko-Technologien, Materialeffizienz, Umweltmanagementsysteme und Förderung des Denkens in Lebenszyklen.

3. Während die EU auf dem besten Weg ist, die Senkung ihrer Treibhausgasemissionen um 20% zu erreichen, muss viel mehr getan werden, um das Ziel Energieeffizienz zu verwirklichen. Das Streben nach ehrgeizigen Emissionszielen für 2030 und darüber hinaus, sollte zur Einführung von Umweltnormen im internationalen Handel führen, einen Weg für einen fairen Übergang ebnen und dabei versuchen, die negativen Auswirkungen, die asymmetrische Folgen auf verschiedene Mitgliedsländer haben können, zu vermeiden.
4. Die Klimapolitik der EU sollte global ausgerichtet werden, um sicherzustellen, dass alle Industrien auf der ganzen Welt ihre Umweltleistung und ihr Verantwortungsbewusstsein ständig erhöhen, während internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt und eine Verlagerung der Emissionsquellen vermieden wird.
5. Erweiterung der nachhaltigen und sozialen Beschaffungsregeln für öffentliche Ausschreibungen.
6. Ausdehnung des Geltungsbereichs der Ökodesign Richtlinie die das Denken in Lebenszyklen und Ressourceneffizienz beim Entwurf energieverbrauchsrelevanter Produkte fördert - auf nicht energieverbrauchsrelevante Produkte.
7. Nutzung des enormen Potenzials zur Verbesserung des Abfallmanagements in der EU - in vielen Mitgliedsstaaten werden zurzeit mehr als 75% der Abfälle deponiert oder verbrannt - um die Abhängigkeit von Rohstoffimporten zu senken (Urban Mining) und neue Arbeitsplätze zu schaffen, während die Umweltauswirkungen von Abfall gesenkt werden. Zur Umwandlung von Abfall in eine Ressource muss das 3R-Prinzip eingehalten werden: Reduce, Re-use & Recycle (Reduzierung, Wiederverwendung & Recycling). Zusätzliche Politiken müssen darauf ausgerichtet werden, Mülldeponien abzuschaffen, qualitativ hochwertiges Recycling zu fördern, illegale Mülltransporte abzustellen und Märkte für sekundäre Rohstoffe zu entwickeln.
8. Vermehrte Innovation zur Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz ist im Zusammenhang steigender Rohstoffpreise, Knappheit und Versorgungsunsicherheit ein Muss. In dieser Hinsicht sollten die Einkünfte aus dem Emissionshandelssystem (EHS) verwendet werden, um Industriezweigen in der Übergangsphase zu helfen und Forschung, Entwicklung & Innovation (FuEul) in emissionsarme Technologien zu unterstützen.
9. Unterstützung der Dimension Unternehmen bei einer nachhaltigen Entwicklung. Unternehmen sind der Kern, was eine nachhaltige Umgestaltung der Industrie betrifft. Nachhaltige Geschäftsmodelle auf Grundlage von Energie- und Ressourceneffizienz, Einbeziehung der Arbeitnehmer, Innovation und langfristige Vision werden die Spannkraft europäischer Unternehmen stärken. Dazu wurden im Laufe der Jahre viele Instrumente entwickelt. Umweltmanagementsysteme, eine integrierte Produktpolitik (bei einer integrierten Produktpolitik werden alle Phasen des Produktionsprozesses berücksichtigt und es wird versucht, die Auswirkungen auf die Umwelt zu beschränken, wo dies am effizientesten getan werden kann), Ziele mit Regierungen zur Steigerung der Energieeffizienz, und Nachhaltigkeitsberichte sollten gestärkt werden. Betriebe sollten auch dazu ermutigt werden, ihre soziale und ökologische Verantwortung über die gesamte Versorgungskette zu übernehmen.
10. Vorschriften zu Klima/Energie/Umwelt müssen nicht zur ökonomischen Schwächung bestimmter Mitgliedsstaaten oder Regionen führen. Nationale Volkswirtschaften sind unterschiedlich und die spezifischen Bedingungen einzelner Mitgliedsstaaten sollten beim Entwurf von EU-Politiken berücksichtigt werden.

6. Wissensbasierte Wirtschaft als wichtigste Antriebskraft von Industriepolitik unterstützen

Wissen ist heute die wichtigste Quelle für die Wertschöpfung. Nach dem Bloomberg Innovationsindex sind 6 der 10 innovativsten Länder der Welt EU-Länder und zwar Dänemark, Frankreich, Finnland, Österreich, Deutschland und Schweden. Das belegt, dass die EU schon heute besonders stark ist, wenn es um Innovationen geht. Da die EU jedoch nicht in der Lage ist, bei billiger Arbeit, Energie oder billigen Ressourcen zu konkurrieren, sind Investitionen in Wissen für die Erhaltung industrieller Tätigkeiten ein absolutes Muss. Innovation, Forschung & Entwicklung und Bildung sind die Eckpfeiler moderner und nachhaltiger Industriepolitik geworden. Darüber hinaus schafft der weitere Umstieg auf ein wissensbasiertes Modell für nachhaltiges Wachstum neue Wachstumsmöglichkeiten. Daher müssen unsere Innovationspolitiken verstärkt werden und sich auf Kompetenzentwicklung, Aus- und Weiterbildungsorganisationen, neue innovative Infrastruktur, dynamische Normen, innovative Beschaffung und die Verbreitung von Wissen konzentrieren.

Empfehlungen

1. Festhalten an dem Barcelona-Ziel von 3% des BIP in FuEu. Zugleich sollte das Barcelona-Ziel um qualitative Ziele ergänzt werden, nämlich um eine effizientere Nutzung von Finanzressourcen, ein stärkeres europäisches Forschungssystem mit weniger Überschneidungen und bessere Koordination der Aktivitäten, Schaffung einer ausreichenden Grundstruktur, usw.
2. Entwicklung eines neuen, breiteren Verständnisses von Innovation, das innovative Fähigkeit nicht nur mit Exzellenz in Forschung und Entwicklung gleichsetzt. In Europa bedarf es eines stärkeren Bewusstseins für Innovationspolitiken, wie:
 - a) die Entwicklung innovativer Cluster zwischen großen Unternehmen, KMU, Universitäten und Forschungsinstituten
 - b) die gerechte Verteilung von Einnahmen durch Lizenzen etc.
 - c) die Schaffung wirkungsvoller Systeme zur Verbreitung von Wissen
 - d) die Stärkung der Absorptionskapazität für Innovation in Betrieben (die Fähigkeit eines Unternehmens, externe Informationen in neue innovative Produkte oder Prozesse umzusetzen)
 - e) der Ausbau der nicht-technologischen Aspekte von Innovation, wie neue Konzepte für Logistik oder Marketing, neue Geschäftsmodelle, Arbeitsplatzinnovation, Innovation von Geschäftsmodellen, Produktdesign und Produktqualität
 - f) die Anerkennung der Bedeutung von informellem Wissen (das „Savoir-faire“ oder das kollektive Wissen, das zu schrittweisen Innovationen durch Arbeitnehmer am Arbeitsplatz führt) und die Entwicklung von Strategien zur Bewahrung und Übertragung der Kompetenzen älterer Arbeitnehmer
 - g) eine bessere Koordination zwischen den Innovationssystemen, dem industriellen Gefüge, dem Bildungssystem und Arbeitsmärkten.
3. Weiterentwicklung großer, langfristiger öffentlich-privater Partnerschaften für die Entwicklung neuer Technologien, innovative Netzwerke oder Ketten und Märkte (z.B. die europäischen gemeinsamen Technologieinitiativen und öffentlich-private Partnerschaften wie die europäische Initiative zu grünen Fahrzeugen (EGVIA), energieeffizienten Gebäuden, die Brennstoffzellen- und Wasserstoffinitiative, biobasierten Industrien, elektronischen Komponenten und Systemen).
4. Regionen sollten „intelligente Spezialisierungsstrategien“ in Forschung und Innovation entwickeln. Dadurch sollten Regionen die Möglichkeit haben, kohärente Politiken zu

entwickeln, um gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen, Forschungsinfrastrukturen zu verstärken und ihre industrielle und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

5. Die Entwicklung und industrielle Entfaltung von Schlüsseltechnologien ist unerlässlich für die Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen, die Modernisierung der industriellen Fundamente Europas und die Eroberung der Vorreiterrolle in technologischen Entwicklungen. Schlüsseltechnologien wie Biotech (Industrie, Medizin, Landwirtschaft), Nanoelektronik (die nächste Generation von Halbleitern), Nanomaterialien (zur Anwendung in Touchscreens, Sensoren, Brennstoffzellen usw.), modernste leichte Materialien (Kohlenstofffasern, Verbundstoffe, flexible Elektronik, Graphen zur Speicherung von Energie), und Photonik (Lichttechnologien wie Laser, LED, Faseroptik) werden beim Übergang zu einer nachhaltigen, wissensbasierten Wirtschaft eine wichtige Rolle spielen und sind entscheidend für die Zukunftssicherung industrieller Aktivitäten in Europa. Letzteres hängt davon ab, ob die richtigen Organisationsformen für diese Schlüsseltechnologien gefunden werden, um ihr Potenzial zu entwickeln und von der Einbeziehung von Arbeitern in ihre Entwicklung, durch angemessene Schulungen, die zur rechten Zeit und unter den richtigen Rahmenbedingungen des Sozialdialogs bereitgestellt werden. Daher unterstützt industriAll Europe voller Überzeugung die rasche Umsetzung der „Europäischen Strategie für Schlüsseltechnologien - eine Brücke für Wachstum und Beschäftigung“.
6. Eine stärkere Anerkennung der strategischen Bedeutung einer dynamischen Standardisierung, um die Nutzung und Weiterentwicklung neuer Produkte und Technologien zu unterstützen.
7. Stärkung des Rahmenwerks für eine verantwortungsbewusste Durchsetzung der gewerblichen Schutzrechte, die zwar Innovatoren schützen, aber bürgerliche Freiheiten nicht aushöhlen.
8. Ein stärkeres Engagement zur Förderung der Bildungsbereiche der MINT-Fächer (Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaft und Technologie).

7. Die Rolle der traditionellen Industriesektoren stärken

Die Fertigung und insbesondere eine hohe Wertschöpfung müssen in Europa aufrechterhalten werden. Neue Technologien haben auch das Potenzial, Innovation in den breiten Bereich bestehender Industrien zu bringen. Außerdem haben schon viele „traditionelle“ Sektoren eine hohe Innovationsfähigkeit unter Beweis gestellt (z.B. Stahl, Nichteisenmetalle, Glas, Keramik, Autos, Schiffbau) und/oder besitzen Konkurrenzvorteile, die voll genutzt werden müssen. Es wäre daher nicht richtig, Maßnahmen lediglich auf neue Hightech-Aktivitäten zu konzentrieren. Daher wird eine Politik benötigt, die die kontinuierliche Stärkung des Innovationspotenzials und ihre Verbindung zu den Schlüsselindustrien bezweckt. Hierbei handelt es sich um einen Prozess des schrittweisen Übergangs zu einem neuen innovativen Paradigma, das den bestehenden industriellen Strukturen in Europa zugrundeliegt.

Empfehlungen

Die Innovationsfähigkeit traditioneller industrieller Tätigkeiten und die Verbesserung der bestehenden Infrastruktur sollten durch Maßnahmen mit folgenden Zielen unterstützt werden:

1. Entwicklung von Konzepten moderner Fertigung in komplexen, vernetzten Versorgungsketten, mit besonderer Aufmerksamkeit für Kompetenzentwicklung und moderne Arbeitsorganisation, Einsatz moderner Fertigungstechnologien und Entwicklung von maßgeschneiderten Lösungen. Solche nachhaltigen Industriestandorte bestehend aus intelligenten Netzwerken und einem starken Innovationssystem werden treibende

Kräfte bei der Suche nach Lösungen für bedeutende gesellschaftliche Herausforderungen sein.

2. Fabriken der Zukunft müssen auf dem Fundament und den Kompetenzen der traditionellen und bestehenden Industrie in Europa basieren, z.B. Solarzellen aus Silikonproduktion, Offshore-Windenergie aus Öl, Gas und fortgeschrittenen Produkten aus Zellstoff und Papier, Biokraftstoffe der dritten Generation, Nanomaterialien aus chemischer Produktion. Ohne sie ist eine nachhaltige Produktionsweise nicht zu erreichen. Große Emissionsreduktionen, Effizienz und Produktivitätsgewinne können auch durch die Förderung von Industrieclustern erreicht werden, z.B. Nutzung der Energie aus Abfall aus der Metallproduktion zur Herstellung von Biokraftstoffen.
3. Entwicklung einer am Menschen orientierten Fertigungsorganisation, welche die ArbeitnehmerInnen bei der Entwicklung innovativen Verhaltens fördert, offen und anpassungsfähig ist und gleichzeitig die menschliche Sicherheit, Gesundheit und Wohlbefinden fördert. Eine solche Fertigungsorganisation muss auch die Kapazität besitzen, in einer Fertigungskette zusammenzuwirken und mit Forschungseinrichtungen zusammenzuarbeiten.
4. Einbeziehung von Informationstechnologien in den Produktionsprozess und die Unternehmensorganisation.
5. Schaffung von Mehrwert in den nicht-produktionsbezogenen Phasen der Versorgungskette, wie Produktdesign, Engineering, Logistik, Marketing, Software, Kundendienst.
6. Förderung von Produktionsstätten, die weder Emissionen noch Abfall produzieren, mit hoher Energie- und Rohstoffeffizienz und Einsatz neuer (erneuerbarer) Materialien. Zudem die Förderung von FuEu, um Ersatz für Rohmaterialien zu entwickeln und somit die Effizienz ihrer Nutzung zu verbessern und ihre Wiederverwertung zu fördern.
7. Entwicklung produkt- und industriebezogener Dienstleistungen.
8. Die EU sollte einen höheren Anteil ihrer Finanzierung der regionalen Entwicklung für die Verbesserung der Infrastruktur für Transport, Telekommunikation und Energie in den Ländern bereitstellen, die am stärksten von der Krise betroffen sind.

8. Gesellschaftliche und ökonomische Potenziale von Informationstechnologien maximieren

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) machen bereits 6% des BIP und ein Fünftel privater Ausgaben für Forschung und Entwicklung aus. Die Beschäftigung im Sektor der IKT-Dienstleistungen steigt um durchschnittlich 3% pro Jahr und der Sektor beträgt ein Viertel der gesamten privaten Forschung & Entwicklung. Die Europäische Kommission rechnet für 2015 mit einem Mangel an 700.000 IT-Spezialisten. Technologische Entwicklungen im Sektor verlaufen schnell (mit Internet, sozialen Netzwerken und Cloud-Computing als jüngsten Mega-Trends) und der Sektor hat enorme Auswirkungen auf fast alle anderen Wirtschaftssektoren. Die Entwicklung des Internets kann auf dasselbe Niveau gestellt werden, wie die Entwicklung des Telegrafens oder der Elektrizitäts- oder Transportnetze. Informationstechnologien müssen daher in jeder Strategie zur Umformung der Industrie eine wichtige Rolle spielen. Der IKT-Sektor trägt auch zur Steigerung der Lebensqualität und der Zielsetzungen der nachhaltigen Entwicklung bei, wie der Entmaterialisierung der Produktion (Informationsflüsse statt Materialflüsse oder physische Bewegungen), Schutz der Umwelt durch Öko-Überwachung, Senkung des

Energieverbrauchs, bessere Organisation von Transportsystemen, einfacherer Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen über e-Government und neue Durchbrüche in der Gesundheitsversorgung. Im Vergleich zu den USA spezialisiert sich die EU allerdings weniger auf IKT-Sektoren, hat in diesem Bereich einen Rückstand bei privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung zu verzeichnen und hat keine führenden Innovatoren wie Google, Apple oder Amazon. Darüber hinaus ist die EU eher auf traditionelle IKT-Sektoren wie Telekom spezialisiert, als auf die neuen Sektoren wie Web 2.0, OLED, e-Paper, RFID-Tags, Halbleiterdesign, Gaming oder Robotik.

Empfehlungen

1. Umsetzung der neuen „digitalen Agenda“ der Kommission, wie die Schaffung des digitalen Binnenmarkts, Breitband, Standardeinstellung usw.
2. Stärkung der Wachstumskraft neuer IKT-Sektoren.
3. Aufbau von IKT-Ökosystemen, in denen Forschung, Infrastruktur, Fertigkeiten, Risikokapital, innovative KMU und führende Unternehmen zusammengebracht werden.
4. Ausbau des Einsatzes von Elektronik in der Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen von heute wie der Stärkung der digitalen Kompetenz, e-Health, e-Government, intelligente Transportsysteme, intelligentes Netz usw.
5. Neugestaltung des europäischen Elektroniksektors durch Entwicklung einer koordinierten europäischen Strategie zur Verringerung von Zerstückelung und Überschneidungen und durch den Wiederaufbau der Fähigkeit, Elektronikkomponenten zu entwickeln und herzustellen (z.B. Europäische Elektronikstrategie, die 100 Milliarden Euro für Investitionen mobilisieren und 250.000 neue direkte Arbeitsplätze schaffen will).
6. Verbesserung von Fertigkeiten, was für die Entwicklung von IKT von entscheidender Bedeutung ist und dringender Abbau des Mangels an Fertigkeiten im Sektor.

9. *Industriepolitik muss sich der Nachfrageseite zuwenden*

Die EU wird meist als weniger effizient betrachtet, wenn es darum geht, die Forschungsergebnisse auf den Markt zu bringen, während Industriepolitik zu lange die Nachfrageseite vernachlässigt hat. Obwohl Forschung und Innovation von entscheidender Bedeutung sind, reichen sie für eine erfolgreiche Fertigungsindustrie nicht aus. Die Liste mit Beispielen von Produkten und Technologien, die in Europa entwickelt, aber anderswo produziert wurden, ist beeindruckend. Dazu zählen elektronische Produkte wie Halbleiter, Controllerplatten und drahtlose Karten, PCs, Halbleiter, Touchscreens, Robotik, interaktive Games, wiederaufladbare Batterien, Mobiltelefone und andere Handgeräte, LED, DVDs. Zusätzlich zu Forschung & Entwicklung ist es wichtig, das notwendige Umfeld für erfolgreiche Markteinführungen zu schaffen, wie Vorschriften und Normen, die die Märkte definieren, bieten Produzenten Sicherheit und entwickeln sich parallel zur Technologie.

Empfehlungen

1. Stärkung der öffentlichen Auftragsvergabe (die zurzeit 18% des europäischen BIP ausmacht) als Instrument zur Markteinführung innovativer/nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen und als treibende Kraft für die Entwicklung neuer hochwertiger Märkte.
2. Bildung von „Leitmärkten“, die marktspezifische Fahrpläne und Instrumente der nachfrageseitigen Politik entwickeln, wenn Märkte noch nicht „reif“ genug sind für die Aufnahme neuer innovativer Produkte und Dienstleistungen. Durch die Entwicklung von Leitmärkten versuchen Regierungen das Umfeld für die erfolgreiche

Markteinführung von Innovationen zu schaffen, mit Vorschriften, Normierung, Kampagnen und anderen unterstützenden Maßnahmen.

3. Die Kluft zwischen Grundlagenforschung und Kommerzialisierung, die vielen Innovationen vor dem Erreichen der Marktreife zum Verhängnis wird, muss durch die Ausweitung von Investitionen überwunden werden. Diese Durststrecke entsteht, wenn Forschungsgelder zu Ende gehen und es kein Geld mehr für die letzten, kostspieligen Schritte gibt (erste Produktion, Prototypen, Suche nach Lösungen für die letzten Unvollkommenheiten, Beweise dafür, dass die Technologie wirklich funktioniert).

10. Für nachhaltige, bezahlbare und sichere Energie einsetzen

Energiepolitik und Industriepolitik sind eng miteinander verflochten und sollten einander ergänzen, um den Übergang zu einer neuen industriellen Entwicklungsstufe auf Basis einer nachhaltigen und ökologisch effizienten Produktion zu unterstützen.

Da Energiekosten in einigen Sektoren deutlich höher sind als Arbeitskosten, muss die EU-Energiepolitik Europa befähigen, die Kyoto-Verpflichtungen zu erfüllen und Wirtschaftswachstum von Energieverbrauch abzukoppeln und gleichzeitig versuchen, die Kosten für Strom nicht ins Unermessliche steigen zu lassen. Produzenten von Metallen, Zement, Glas, Chemikalien und anderen Grundstoffen können hohe Energiekosten nicht an die Endverbraucher weitergeben, weil die Preise international festgelegt sind. Daher haben Produzenten in Drittländern, wo die Strompreise viel niedriger sind als in der EU, einen Wettbewerbsvorteil. Die Lage für die energieintensiven Sektoren Europas wurde durch den Schiefergas-Boom in den USA noch verschlimmert, wodurch der Strompreis in der EU heute doppelt so hoch ist als in den USA, der Preis für Gas sogar dreimal so hoch. Das lässt die US-Exporte energieintensiver Produkte unbekannte Höhen erreichen und fördert die Reindustrialisierung in den USA. Diese Situation hat vielerlei Facetten und führt zu einem ernst zu nehmenden Risiko von Unternehmensumsiedlungen oder Emissionsverlagerung was zu einer immer stärker werdenden Importabhängigkeit führt. Die Herausforderung für die Energiepolitik ist also vielfältig, sie besteht nämlich darin, zu versuchen, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu bewahren, insbesondere die der energieintensiven Industrien, die Position Europas an der Spitze von Energietechnologien sicherzustellen und unsere Klimaziele einzuhalten. Es sollte deutlich sein, dass die Energiepolitik zur Achillesferse der europäischen Industriepolitik geworden ist.

Sauberere Formen der Energieproduktion werden neue Wachstumsmärkte schaffen und zu neuen qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen in vielen Sektoren der Industrie führen (als Resultat der höheren Arbeitsintensität der Aktivitäten in den Bereichen erneuerbare Energie und Energieeffizienz). Diese Entwicklung muss durch eine aktive Industriepolitik untermauert werden, die die globale Spitzenposition Europas in Klimatechnologien bewahren und ausbauen soll.

IndustriAll Europe ist überzeugt, dass eine Steigerung der Energieproduktivität (Energiezufuhr pro Produktionseinheit) zu Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie beiträgt, der europäischen Industrie die Vorteile ihrer Vorreiterrolle sichert und neue Arbeitsplätze im Bereich der Energiedienstleistungen schaffen wird.

Für industriAll Europe muss eine umfassende Energiepolitik dennoch auf langfristigen Zielsetzungen basieren, die sowohl technologisch als auch wirtschaftlich machbar sind und die es ermöglichen, in einem Rahmen von Vorschriften Ziele für den Klimawandel, bezahlbare Strompreise und eine gesicherte Energieversorgung zu erreichen.

Empfehlungen

1. Wettbewerbsfähige Energiepreise sind für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie von entscheidender Bedeutung. Da die Energiemärkte in vielen Mitgliedsstaaten stark konzentriert bleiben, muss die Strategie der Kommission zur Liberalisierung von Energiemärkten neu beurteilt werden. Mehr Transparenz und eine stärkere Rolle für den öffentlichen Sektor sind erforderlich, um den Binnenmarkt für Energie wirklich funktionieren zu lassen. Ein Energiebinnenmarkt sollte nicht geschaffen werden, bis dass die Energieinfrastrukturen vergleichbare Niveaus in den Bereichen Technologie und Kapazität erreicht haben.
2. Die langfristige Stromversorgung sollte durch EU-weite Kapazitätsplanung, die Einleitung neuer großer Energieprojekte, Investitionen zur Verbesserung veralteter Energieinfrastruktur, die Einführung intelligenter Netze (zur Integration erneuerbarer Energie in die Versorgungskette), verbesserte Vernetzung und weitere Diversifizierung der Energieversorgungsrouten gesichert werden, um die Energieversorgung zu sichern und zu verbessern.
3. Gemeinsame Visionen und Zielsetzungen (wie das Passivhaus, das saubere Auto, die Förderung öffentlicher Verkehrssysteme oder umweltschonende Metallproduktion), integrierte politische Strategien (z.B. Leitmärkte und ein umweltschonendes öffentliches Beschaffungswesen), Vorschriften (zu Ökodesign, Energiekennzeichnung), die die Markteinführung und Akzeptanz für Technologien der Energieeffizienz unterstützen sollen.
4. Investition in mehr und verbesserte neue Energietechnologien, insbesondere in erneuerbare Energien, sollte eine strategische Priorität für die EU sein (z.B. die Umsetzung des strategischen Energietechnologieplans der EU). In dieser Hinsicht wird es notwendig bleiben, in herkömmliche Kraftstoffe und Brückentechnologien zu investieren, d.h. hocheffiziente modernste Verbrennungstechnologien, die in der langen Übergangsperiode von fossiler zu erneuerbarer Energie eingesetzt werden müssen.
5. Die EU sollte auf eine internationale Vereinbarung zum Emissionshandel drängen, die einen globalen Kohlenstoffmarkt mit der breitesten Beteiligung fördert, um für die Industrien in der EU und anderswo gleiche Ausgangsbedingungen zu schaffen.
6. Globale sektorale Vereinbarungen zur Senkung der CO₂-Emission in energieintensiven Sektoren sind besonders zu begrüßen.
7. Die Zukunft der energieintensiven Sektoren Europas, wie eisenhaltige und nichteisenhaltige Metalle oder Chemikalien, Papier und Zellstoff oder ähnliche Prozesse muss gesichert werden. Sie sind für die gesamten industriellen Wertschöpfungsketten in Europa von zentraler Bedeutung. Überprüft werden soll die Einführung von Grenzausgleichsmechanismen zum Kohlenstoffgehalt importierter Produkte, die Verwendung der Einkünfte der EHS-Auktionen für Projekte von Forschung & Entwicklung für emissionsarme Technologien. Solange derartige Grenzausgleichsmechanismen nicht effektiv greifen, ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die energieintensiven Industrien in Europa eine Zukunft haben.
8. Weiterer Ausbau von Politiken für nachhaltige Arbeitsplätze, die Förderung des sozialen Dialogs über nachhaltige Unternehmenspolitik und Ausbildung von „grünen Vertretern“ als Instrument zur Förderung der Energieeffizienz auf Unternehmensebene.
9. Energiearmut muss durch die Einführung eines universellen Rechts auf eine ausreichende Energiemenge bekämpft werden.

11. *Ausbildung spielt eine zentrale Rolle*

Erstklassige Ausbildung und Forschungssysteme haben die Grundlage für den europäischen Erfolg im globalen Wettbewerb geschaffen. Gleichzeitig ist Ausbildung eines der Bereiche, die stark von den Kürzungsmaßnahmen getroffen wurde. Die Stärke Europas liegt in seinen ArbeitnehmerInnen, die qualitativ hochwertige Produkte herstellen, die auf Spitzentechnologie basieren. Europäische Unternehmen können nur dann mit dem globalen Wettbewerb mithalten, wenn sie das hohe Kompetenzniveau ihrer Beschäftigten und innovative Lösungen beibehalten und weiterentwickeln. Ihre derzeitige wettbewerbsfähige Stärke gerät dennoch durch die ständigen zunehmenden Bildungsniveaus in den Schwellenländern unter verstärktem Druck. In der Zwischenzeit holen andere Volkswirtschaften immer schneller auf. Eine hochausgebildete Belegschaft, die unter guten Arbeitsbedingungen arbeitet und die technologische Entwicklung entsprechender Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung sind Voraussetzung dafür, dieser Herausforderung zu begegnen. Lebenslanges Lernen wird der Schlüssel zu einer erfolgreichen Gesellschaft der Zukunft sein.

Empfehlungen

1. In Verbindung mit einer erstklassigen Ausbildung sollte ein neues Modell für berufsbegleitende Weiterbildungsmöglichkeiten in Europa entwickelt werden. Alle ArbeitnehmerInnengruppen in allen Sektoren sollten das Recht auf eine ständige Auffrischung ihrer Kompetenzen haben.
2. Das Streben Europas muss darin liegen, den höchsten Rang bei sämtlichen Bildungsniveaus zu erreichen.
3. Kürzungen bei Ausgaben für Ausbildung und Qualifizierung, die während der Finanzkrise stattfanden, sollten zurückgenommen werden und Europa sollte zu seiner Stellung als hochrangiger Kontinent in Sachen Ausbildung und Forschung zurückkehren.
4. Die Wissenschaftspolitik der EU sollte genutzt werden, um die Schaffung neuer Arbeitsstellen zu fördern.
5. Es sollten Maßnahmen und Systeme geschaffen werden, die die bestehenden Kompetenzen erkennen und anerkennen. Dies sollte auch für Studium und Berufswechsel gelten.
6. Die Industrie und die Gewerkschaften sollten den zukünftigen Bedarf an Fähigkeiten und Kompetenzen fortwährend besprechen und weiterentwickeln.
7. Innerstaatliche Ausbildungssysteme sollten gegebenenfalls junge Arbeitnehmer bestärken und Anreize schaffen, sich die neuen von der Industrie benötigten Fähigkeiten anzueignen, was die Förderung von STEM (Wissenschaft, Technologie, Ingenieurwissenschaften und Mathematik), Berufsausbildung, innovative Fähigkeiten, Unternehmergeist und andere Bedürfnisse anbetrifft, zu fördern.

12. Für einen fairen Welthandel sorgen

Menschenwürdige Arbeit und gerechte Entlohnung für alle ArbeitnehmerInnen zählen zu den höchsten Prioritäten für industriAll Europe und sollten die Kernpriorität der Handelspolitik sein. industriAll Europe kann sich nicht von internationalen Handelsströmen abschirmen, aber Globalisierung und internationaler Handel müssen auf eine sozial verantwortungsbewusste Art und Weise bewältigt werden. Die Globalisierung darf keine Gelegenheit bekommen, Europas sozioökonomisches Modell zu unterminieren, ArbeitnehmerInnen in eine Notlage zu bringen und die Ungleichheit weltweit zu verstärken. industriAll Europe ist überzeugt, dass das multilaterale Regelwerk unter der WTO das wirkungsvollste und legitimste Instrument zur Verwaltung und Ausdehnung von Handelsbeziehungen ist. Dennoch besteht ein dringender Bedarf daran, das Internationale Arbeitsamt (IAA) in den WTO-Prozess mit einzubeziehen und somit eine wesentlich größere Rolle bei Fragen der Nachhaltigkeit im Welthandel zu sichern, mit dem Ziel Sozialdumping zu verhindern. Multilaterale Regelwerke sind am wünschenswertesten, denn sie haben gegenüber bilateralen Handelsvereinbarungen ein paar wichtige Vorteile wie z.B. global

umfassende und transparente Marktzugangsvereinbarungen, Rechtsetzung, Transparenz und Streitbeilegung. Nach den beschränkten Fortschritten in den Doha-Gesprächen und um die Zukunft des multilateralen Handelssystems zu sichern, ist industriAll Europe der Ansicht, dass eine zweitbeste Lösung gefunden werden kann, indem versucht wird, sinnvolle multilaterale Vereinbarungen abzuschließen (z.B. zu Handelserleichterung, zu abgaben- und quotenfreiem Zugang zu den Weltmärkten für die weniger entwickelten Länder), und indem weltweite Handelsregeln zu kleineren aber einfacher zu bewältigenden Themenbereichen festgelegt werden (z.B. sektorale Vereinbarungen).

Empfehlungen

1. Einführung eines globalen Rahmenwerks, das die notwendige sozioökonomische Basis für die Weltwirtschaft legt, um sicherzustellen, dass Handelspolitik die soziale Entwicklung voll unterstützt, Handel nicht als Selbstzweck fördert, sondern als Teil einer Strategie für Wachstum und Wohlstand in Industrie- und Entwicklungsländern.
2. Ein nachhaltiges und gerechtes globales Handelssystem, das die Bedürfnisse sowohl der Industrie- als auch der Entwicklungsländer berücksichtigt.
3. Es ist wichtig, dass die industriepolitischen Maßnahmen der EU die wirklichen Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen in Europa in Bezug auf Bevölkerungsdichte, natürliche Ressourcen, industrielle Tradition sowie andere Bedingungen berücksichtigen, so dass die einzelnen Mitgliedsländer die Industriepolitik verfolgen können, die für sie am geeignetsten ist.
4. Die Aufnahme von verpflichtenden Sozial- und Umweltklauseln und -normen in sämtliche Freihandelsabkommen, ob sie nun bi- oder multilateral sind. Alle bilateralen Abkommen (wie die TTIP) sollten die wichtigsten IAA-Arbeitsnormen und die geltenden Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen einhalten. Die Aufnahme von Bestimmungen zum Schutz von Investoren, die multinationalen Unternehmen das Recht geben, Staaten wegen Verstößen gegen Unternehmensangelegenheiten zu klagen, ist inakzeptabel (da dies private Interessen auf eine höhere Ebene als kollektive Interessen stellen würde).
5. Gewährleistung, dass Arbeitnehmer, die aufgrund von Handelsliberalisierung Opfer einer Umstrukturierung werden, durch antizipative Strategien und adäquate unterstützende Maßnahmen geschützt werden.
6. Förderung „inklusive“ Entwicklungsstrategien auf Grundlage der Bewahrung von sozialem Kapital, Technologietransfer und einer gerechten Verteilung der Gewinne des Wirtschaftswachstums, um eine Wachstumsspirale zu erzeugen, von der alle ArbeitnehmerInnen und Unternehmen weltweit profitieren.
7. Die Schaffung einer weltweit gleichberechtigten, fairen Ausgangssituation im internationalen Handel mit WTO und IAA-Regeln und Gegenseitigkeit bei Handelsbeziehungen zu gewährleisten.
8. Die Schaffung eines gerechten und sicheren Zugangs zu Rohstoffen durch gerechten internationalen Handel, der die verschiedenen Bedürfnisse von Industrie- und Entwicklungsländern berücksichtigt, Materialeffizienz verbessert, vermehrt in Forschung und Entwicklung von Ersatzstoffen investiert und Wiederverwertung (Technologien) fördert. Industrieunternehmen in der EU hängen was die Lieferung von Rohstoffen betrifft, stark von Drittländern ab. Viele dieser Rohstoffe sind für eine ganze Reihe von Hightech-Sektoren (seltene Erden) absolut unerlässlich, andere sind schwer zu ersetzen.

9. IndustriAll ist besorgt über die fehlende Transparenz, die Geheimhaltung und den Inhalt der Verhandlungen hinsichtlich einer transatlantischen Vereinbarung zwischen der EU und den USA und fordert eine Einbeziehung der Parlamente und Sozialpartner in diesen Prozess. Wachstumsmöglichkeiten sind allerdings aufgrund bereits geringer Handelshemmnisse eher begrenzt. Die ihr gegenüberstehenden Risiken in Bezug auf Arbeitsrechte, Umweltschutz, Kulturrechte sowie Gesundheits- und Sicherheitsregeln stellen den Nutzen eines solchen Abkommens insgesamt in Frage.

13. Für einen passenden institutionellen Rahmen sorgen

Während es jetzt ein deutliches Engagement seitens der Kommission gibt, das industrielle Gefüge Europas zu schützen und zu stärken und die enormen beschäftigungspolitischen, technologischen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen, mit denen die Industrie konfrontiert wird, anzunehmen, stimmt es auch, dass es noch Spielraum für Verbesserung gibt, wenn man bedenkt, wie Industriepolitik entwickelt und umgesetzt wird, um die Rolle der Industrie als Motor für Mehrwert und Arbeitsplätze wiederherzustellen.

Empfehlungen

1. Dem neuen System der wirtschaftspolitischen Steuerung fehlt es an demokratischer Legitimität, weil das Europäische Parlament nur eine geringe Rolle dabei spielt, während nationale Parlamente fast überhaupt nichts zu sagen haben, und weil der Weg zur Entscheidungsfindung nicht immer transparent ist. Die Beseitigung dieses demokratischen Defizits wird die Entscheidungsfindung verbessern.
2. Ein proaktiver und zielgerichteter Zugang zu Sektoren und Versorgungsketten bleibt von entscheidender Bedeutung und sollte auf alle Schlüsselsektoren ausgedehnt werden. Maßgeschneiderte Lösungen müssen für die Bewältigung der Herausforderungen jedes Sektors gefunden werden. industriAll Europe unterstützt vollumfänglich den Schwerpunkt in der letzten Mitteilung zu Industriepolitik, einige prioritäre Aktionslinien zu unterstützen, wie z.B. moderne Fertigungstechnologien, Schlüsseltechnologien, biobasierte Produkte, nachhaltiger Bau, saubere Fahrzeuge und intelligente Netze. Dennoch sollten sektorale Industriepolitiken für andere wichtige Sektoren - wie Stahl, Maschinenbau und Elektrotechnik, Schiffbau, Textilien und Pharmazie - fortgesetzt und weiter ausgebaut werden. Der gezieltere politische Ansatz von Initiativen wie LeaderShip, Cars21, Electra oder der Aktionsplan für die Stahlindustrie hat sich als erfolgreich erwiesen.
3. Es gibt nach wie vor eine breite Kluft zwischen nationalen und regionalen Industriepolitiken und der europäischen Industriepolitik. Bessere Koordination und mehr Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ebenen der Entscheidungsfindung sind unbedingt notwendig, um die Auswirkungen der Industriepolitik zu verstärken.
4. Das Thema Industriepolitik muss besser in den sektoralen sozialen Dialog integriert werden. Daher ist es unerlässlich, Deregulierungsmodelle, die auf eine Beeinträchtigung von Tarifpolitik und Angriffe auf Arbeitnehmerrechte und soziale Abwertung zielen, durch ein Produktionsmodell, das auf Wissen, Innovation, Mehrwert und nachhaltiger Technologien basiert, zu ersetzen.
5. Integration von Beschäftigungs- und Industriepolitiken, um besser mit den sozialen Folgen des industriellen Wandels umgehen zu können („sozialverträglicher Übergang“).
6. In dieser Hinsicht ist industriAll Europe entschieden gegen den deregulierenden Ansatz, den die Kommission in ihrer Mitteilung „Refit – Fit für Wachstum“ verfolgt. Dieser hat eine Vereinfachung der Rechtsvorschriften zum Ziel, wird aber derzeit falsch angewandt, indem er Sozialpartnervereinbarungen, Unterrichts- und Anhörungsrechte und Gesundheits- und Sicherheitsschutz angreift.

7. Strukturierte Einbeziehung der Sozialpartner in die Entscheidungsfindung und Umsetzungsprozesse ist noch nicht ausreichend erfolgt und muss verbessert werden. IndustriAll wird die Einbeziehung der Arbeiter in Unternehmen durch Maximierung der Möglichkeiten durch Unterrichtung/Beratung und Teilnehmerrechte unterstützen und fördern. Die erneuerte EBR-Richtlinie und das Statut der Europäischen Gesellschaft bieten Gelegenheit, die Erreichung des Ziels welches voll ausgeschöpft werden muss sicherzustellen.

8. Veränderungen auf Unternehmensebene müssen besser antizipiert und bewältigt werden, um eine nachhaltige Entwicklung zu garantieren und um negative Auswirkungen der Veränderung auf ArbeitnehmerInnen und Beschäftigung vermieden werden. IndustriAll Europe vertritt die Meinung, dass auch auf europäischer Ebene Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Übergang zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang befürwortet industriAll Europe die Errichtung eines europäischen Rahmenwerkes zur Antizipation und Bewältigung von Veränderungen, dass eine sozial verantwortliche Bewältigung von Veränderung garantiert und ArbeitnehmerInnen in die Lage versetzt, sich Veränderungen anzupassen. Eine Mitwirkungsrolle für Gewerkschaften muss garantiert werden.

Editorial: IndustriAll for Europe, All Europe for Industry

IndustriAll Europe ist überzeugt, dass Industrie eine Zukunft in Europa hat und dass Industriepolitik ein Eckpfeiler von Wirtschaftspolitik ist. Industriepolitik muss neben der Kosteneffizienz auch auf soziale Bedürfnisse, Innovationen, neue Nischen und Märkte achten, bei einer Strategie, die die gesamte Wertschöpfungskette berücksichtigt, von der ersten Idee bis zum fertigen Produkt, und bei der Kosten weniger wichtig sind. Europäische Industriepolitik sollte die EU auch zum wettbewerbsfähigen Vorreiter in der Umwandlung ihres Wirtschaftsmodells in eine nachhaltige, soziale wissensbasierte und ressourceneffiziente Wirtschaft machen.

In dieser Hinsicht muss Industriepolitik mehr sein als nur passive Unterstützung für ein positives Geschäftsumfeld und sollte weiter gehen, als die Vergabe von Subventionen an Unternehmen. Industriepolitik sollte Visionen und Strategien entwickeln und industrielle Projekte starten. Sie muss die Industrie auf die zukünftige Knappheit von Energie und natürlichen Ressourcen vorbereiten, zur Entwicklung neuer Märkte beitragen und technologische Durchbrüche unterstützen. Umso mehr, als die Rolle von Regierungen in einer nachhaltigen Wirtschaft wichtiger werden wird. Das neue Wachstumsmodell wird nämlich weniger durch individuellen Konsum von Gütern (sog. Konsumismus), als vielmehr durch die Suche nach Lösungen sozialer Bedürfnisse angetrieben werden, wie Energie, Schließung des ökologischen Kreislaufs, Gesundheit, alternde Bevölkerung oder globale Erwärmung. Daher werden staatliche Regelwerke und kollektive Bedürfnisse immer entscheidender für die individuellen Konsummuster und Investitionsentscheidungen von Unternehmen werden.

Europa hat das technologische, wirtschaftliche und menschliche Potenzial, diesen Übergang erfolgreich zu bewältigen. Europa spielt in vielen Umwelttechnologien eine führende Rolle und ist ein Vorreiter in den neuen Schlüsseltechnologien. Die gemeinsamen europäischen sozialen Werte sind unleugbar eine wichtige Stütze für ein nachhaltiges Wachstumsmodell. Das europäische Sozialmodell hat eine leistungsstarke, soziale, ökonomische und institutionelle Infrastruktur geschaffen, die stabil und ausgeklügelt ist und das richtige Entwicklungsumfeld für eine nachhaltige Industrie bietet.

Mit ihrer neuen Industriepolitik hat die EU zweifelsohne einen ersten Schritt in Richtung eines neuen industriellen Wachstumsmodells gesetzt. Auch Investitionen in die Modernisierung traditioneller Industriesektoren sind notwendig. Neue Wertschöpfungsketten und Aktivitäten mit ausreichendem Potenzial für neues Wachstum und Beschäftigung müssen unterstützt werden. Europa wird neue wirtschaftliche Stärken entwickeln müssen und die Bestehenden stärken. Da es sich hierbei um langwierige Prozesse handelt, müssen die Bemühungen konsequent unterstützt werden. Behörden und Gewerkschaften müssen intensiv an der Ausarbeitung dieser langfristigen Strategien, ihrer Umsetzung in konkrete Aktionspläne, an der Umwandlung sozialer Bedürfnisse in industrielle Lösungen, an der Einbeziehung von Industriepolitik in andere Politikbereiche wie z.B. Beschäftigungspolitik, Bildung, nachhaltige Entwicklung und Energie arbeiten. Der Ausgangspunkt muss dabei immer die Stärkung des strategischen Dreiecks zwischen nachhaltiger Entwicklung, Schaffung von Mehrwert und qualitativ hochwertiger Arbeit sein. So sollte Europa in der Lage sein, nicht nur industrielle Aktivität auf seinem Grundgebiet zu bewahren, sondern auch eine erfolgreiche Renaissance seiner Industrie anzustreben.

Immer mehr europäische BürgerInnen haben Europa den Rücken zugewandt, weil sie den Eindruck hatten, Europa hätte sie im Stich gelassen. Daher ist es höchste Zeit, dass Europa nach der Rettung der Banken beginnt, die Zukunft der 26 Millionen Europäerinnen und Europäer sicherzustellen, die Arbeitsuchen. Sonst riskiert die EU die BürgerInnen zu verlieren, da Anti-

EU-Populismus auf dem Kontinent zunimmt und eine öffentliche Stimmung erzeugt, die Europa die Schuld für alle Plagen gibt, die durch die globale Finanzkrise entstanden sind. industriAll Europe ist daher überzeugt, dass das europäische Projekt zu einem Projekt für Solidarität, für Wohlstand, für Aufschwung, für Wachstum, für Investitionen und Arbeitsplätze gemacht werden muss.

Der Titel der letzten europäischen Mitteilung zur Industriepolitik 2012 lautete „Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung“. Dem kann sich industriAll Europe nur voll und ganz anschließen. Europa muss es gelingen, zu einem attraktiven Investitionsstandort für neue Arbeitsplätze und Fertigung zu werden. industriAll European Trade Union glaubt, dass dies die wirkliche Herausforderung für die nächsten europäischen Wahlen ist.
